

NACHRICHTEN

Ausgabe 119, Mai 2020

Zeitung der **KPÖ** ZELTWEG

www.kpoe-steiermark.at

Informationsblatt der steirischen KPÖ. Österreichische Post/AGPostengelt bar bezahlt RM 19A041806 E

KPÖ Forderung nach Hilfsfonds - leider von anderen Parteien abgelehnt

Die Corona-Krise bringt auch in Zeltweg viele Menschen in eine schwierige finanzielle Lage. Die KPÖ hat die Einrichtung eines Hilfsfonds beantragt und auch einen Vorschlag zur Finanzierung gemacht.

Wie berichtet war ein Corona-Hilfsfonds bereits bei der Gemeinderatssitzung im April Thema. Bürgermeister Günther Reichhold hat einen solchen aber mit Verweis auf die Finanzlage der Gemeinde abgelehnt.

Die KPÖ hat daher ein konkretes Modell beantragt. Der Fonds sollte durch die Halbierung der Bezüge der Ausschussvorsitzenden finanziert werden. Außerdem haben wir Förderrichtlinien wie in Knittelfeld vorgeschlagen.

Ohne auf unseren Vorschlag zu Finanzierung überhaupt einzugehen, haben SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne Bürgerliste unseren Antrag abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung vom Bürgermeister unter anderem damit, dass der Antrag „zu konkret“ sei. Einen weniger konkreten Antrag hätte man im Sozialausschuß diskutieren können.

Rasche Hilfe ist nötig

Das ist für uns nicht nachvollziehbar. Je konkreter ein Antrag, desto schneller kann man ihn umsetzen. Es ist wichtig **jetzt** zu helfen. Von der Bevölkerung werden große Anstrengungen zur Bewältigung der Krise erwartet, auch die GemeindefunktionärInnen sollen ihren Beitrag leisten.

KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau ist Vorsitzender des Prüfungsausschusses, er führt seinen Bezug zu 100% an die KPÖ ab. Ausschussvorsitzende erhalten, wenn sie nicht Mitglied des Stadtrates sind, 1.116 Euro brutto, 14 mal im Jahr.

Die KPÖ hat bereits zu Beginn der Gemeinderatsperiode beantragt diese Bezüge zu halbieren. Das wurde schon damals abgelehnt. Bei sieben Ausschüssen und einer Laufzeit von einem Jahr würden über 50.000 Euro für einen Hilfsfonds zur Verfügung stehen. Das entspricht auch der Summe die Knittelfeld und Spielberg für einen Hilfsfonds vorgesehen haben.

Wir finden es sehr schade, dass unser Vorschlag nicht umgesetzt wird, denn damit hätte vielen ZeltwegerInnen geholfen werden können. Interessant ist auch, dass die FPÖ, die im April noch selbst einen Sozialfonds beantragt hat, nun plötzlich gegen unseren Antrag gestimmt hat.

Antrag der KPÖ

*Der Gemeinderat der Stadtgemeinde
Zeltweg möge beschließen:*

Zur Unterstützung von durch die Corona-Krise in Not geratenen Zeltwegerinnen und Zeltwegern richtet die Stadtgemeinde einen Solidaritätsfonds ein.

Die Finanzierung des Fonds wird durch einen Beschluss zur Reduktion der Bezüge der Ausschussvorsitzenden um die Hälfte gesichert.

Bezug der Ausschussvorsitzenden:

Brutto 1.116 Euro

14 mal im Jahr

= über 50.000 Euro für Hilfsfonds



Auf keinen Menschen vergessen!



Der Lärm im Murtal ist oft unerträglich! Erhöhung der Lärmbelastung nicht hinnehmen!

Seit einiger Zeit weist die KPÖ drauf hin, dass eine massive Ausweitung des Flugbetriebs der Eurofighter und der damit verbundenen Lärmbelastung droht. Das hat das Bundesheer in der Einwendung gegen den Bau der Spielberger Kinderkrippe angekündigt.

Wir haben alle PolitikerInnen der Region aufgefordert dagegen aktiv zu werden.

Nun wurde auch in den Medien berichtet, dass sich die Menschen im Murtal auf noch mehr Fluglärm einstellen müssen. Das darf nicht hingenommen werden!

KPÖ konsequent gegen Lärm

In Spielberg und Knittelfeld hat die KPÖ gemeinsam mit der SPÖ eine Resolution an das Verteidigungsministerium eingebracht, in der die Reduzierung des Fluglärms gefordert wird.

In Zeltweg gab es ebenfalls Gespräche über einen gemeinsamen Antrag. Die SPÖ wollte aber den Fokus auf den Ankauf neuer Flugzeuge, als Ersatz für die Saab 105 legen, außerdem lehnte sie die Nennung der Kosten einer Eurofighterflugstunde und des CO₂-Ausstosses ab. Für zusätzliche, neue Kampfflugzeuge kann und will sich die KPÖ nicht aussprechen. So gab in Zeltweg schließlich zwei Anträge.

Aus dem Antrag der KPÖ:

Die Bevölkerung des Murtals hat unter einer hohen Lärmbelastung zu leiden. Autobahn, Zugverkehr, Red-Bull-Ring und Eurofighter schaffen eine bisweilen unerträgliche Lärmsituation.

Lärm ist nicht nur eine Gefahr für die Gesundheit, durch die Ausweitung der Lärmzonen wird die Entwicklung unserer Region behindert. Denn auf immer mehr Flächen werden die Lärmgrenzwerte überschritten, deshalb sind viele Projekte nicht mehr durchführbar.

In Zeiten von Corona- und Klimakrise sollten Flüge nicht ausgeweitet, sondern eingespart werden. Unbegreiflicherweise waren die Eurofighter auch während des Corona-Lockdowns massiv im Einsatz. Eine Eurofighterflugstunde kostet zwischen 70.000 und 80.000 €, eine Flugstunde erzeugt ca. 11.000 kg CO₂. Unser Antrag wurde nur von der Grünen Bürgerliste unterstützt.

Abfangjäger: Belastung seit Jahrzehnten

Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wurden die Draken angekauft. Später wiederholte sich das Szenario. Jedoch ging es nicht mehr um den Ankauf von Abfangjägern aus dem neutralen Schweden, sondern um die EU-Armee kompatiblen Eurofighter.

Von Beginn an stand der Verdacht von Schmiergeldzahlungen im Raum. Trotzdem haben ÖVP und FPÖ den Ankauf durchgedrückt. Vor der Nationalratswahl 2006 hat die SPÖ das Versprechen gegeben aus der Eurofighterbeschaffung auszusteigen. Nachdem die SPÖ nach der Wahl den Kanzler stellte, war dieses Versprechen sofort vergessen.

Lärm statt Arbeitsplätze

Inzwischen wissen wir von dubiosen Kompensationsgeschäften und Schmiergeldmillionen auf Kosten der SteuerzahlerInnen. Das Murtal hat die enorme Lärmbelastung, auf die versprochenen Arbeitsplätze durch Kompensationsgeschäfte warten wir bis heute.

Seit Jahren fordern wir eine Lärmreduzierung und einen verbindlichen Flugeinsatzplan. Obwohl Lärm, auch durch die Häufung der Lärmquellen (Red-Bull-Ring, Autobahn, ÖBB, Flugbetrieb) ein immer größeres Problem ist, haben sich die Bürgermeister der Murtalgemeinden bisher wenig darum gekümmert.

Nun haben mehrere Bürgermeister erklärt die Ausweitung des Flugbetriebs nicht hinnehmen zu wollen. Das ist gut so. Die KPÖ wird darauf achten, dass dieses Versprechen an die Bevölkerung des Murtals auch nach den Gemeinderatswahlen noch Bestand hat.



Der Ankauf der Eurofighter war die teuerste militärische Beschaffung der Zweiten Republik und wurde von der Mehrheit der ÖsterreicherInnen abgelehnt. Um den Kauf der Eurofighter zu verhindern entstand bei uns die Bürgerinitiative „Abflug“. Die KommunistInnen des Murtals waren auch dort wieder aktiv.

Verwirrung um Minex-Gutachten

Wie ernst meinen es die Bürgermeister?

In Zeltweg will die Firma Minex ein Verhüttungswerk bauen. Die „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Aichfeld“ ist aktiv geworden, denn sie befürchtet den Ausstoß von Asbestfasern und damit eine Gefahr für die BewohnerInnen unserer Region.

Kurz vor den für März geplanten Gemeinderatswahlen erhielten alle GemeindebürgerInnen einen „Luxusbrief“ (ein Brief, umhüllt von färbigem, vierseitigen Leichtkarton, eingesackt in ein A4 Kuvert) der Bürgermeister von Zeltweg, Fohnsdorf, Judenburg und Spielberg. Darin wurde versprochen die Argumente der Bürgerinitiative „sollten nicht ungehört bleiben.“ und eine „ausführliche Prüfung hinsichtlich der Asbestbelastung für Mensch und Umwelt in Bezug auf das Rohmaterial und den Verarbeitungsprozess in die Wege leiten.“



Das Verwirrspiel beginnt

Darauf hat Bürgermeister Harald Bergmann, angekündigt, Knittelfeld werde sich an dieser Aktion beteiligen. Dann ist plötzlich von einer Gesteinsanalyse nicht mehr die Rede. Der beeidete Gutachter Dr. Robert Sedlacek soll die eingereichten Unterlagen noch einmal überprüfen. Allerdings nur die Verfahrensunterlagen, nicht die Unterlagen der Bürgerinitiative. Die Kosten für das Gutachten sollen rund 32.000 Euro betragen.

In diesem Sinn beschließen die Gemeinden Fohnsdorf und Judenburg je ein Fünftel der Kosten zu übernehmen, unter der Annahme dass Knittelfeld sich beteiligt. Auf Anfrage der Knittelfelder KPÖ-StR. Renate Pacher erklärte Bürgermeister Harald Bergmann allerdings, dass eine Beteiligung von Knittelfeld für ihn nicht fix sei, er wolle das noch diskutieren.

Prüfung aller Unterlagen gefordert

Die Bürgerinitiative machte vehement geltend, dass es unsinnig sei, dass der Gutachter nur Verfahrensunterlagen prüfe, in denen Asbest gar kein Thema sei. Sie erstellte eine Liste von Unterlagen, die unbedingt in die Überprüfung mit einbezogen werden müssten. Von der Bürgerinitiative kam auch die Kritik, dass sie von den Bürgermeistern von Zeltweg, Spielberg, Fohnsdorf und Judenburg nicht kontaktiert und in keiner Weise eingebunden wurde.

KPÖ, ÖVP und FPÖ haben sich im Spielberger Gemeinderat dafür eingesetzt, dass diese Unterlagen Eingang in die Prüfung finden. Der Spielberger

Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dass diese Unterlagen **zwingend** mit zu untersuchen sind. Der Spielberger Bürgermeister Manfred Lenger erklärte, er werde sich dafür einsetzen, dass auch in Zeltweg ein Beschluss in diese Richtung gefasst werde.

Unterschiedliche Beschlüsse

Am nächsten Tag dann die böse Überraschung in Zeltweg. Der Zeltwegger Gemeinderat lehnte den Antrag der Grünen Bürgerliste die Unterlagen der Bürgerinitiative einzubeziehen mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP ab. Auch der Hinweis von KPÖ-GR Peter Lorberau, dass Spielberg beschlossen habe, dass diese Unterlagen zwingend einzubeziehen seien und Spielberg damit ein Gutachten ohne diese Unterlagen gar nicht mitfinanzieren könne, verhallte ungehört.



Offensichtlich funktioniert die Kommunikation der Bürgermeister untereinander nicht. Fohnsdorf, Zeltweg, Judenburg und Spielberg gehen davon aus, dass Knittelfeld mitmacht, was ungewiss ist. Zeltweg lehnt die Aufnahme von Unterlagen ab, obwohl das für Spielberg eine zwingende Voraussetzung ist.

Am Schlimmsten ist, dass kein Gespräch mit der Bürgerinitiative gesucht wurde, obwohl diese höchst aktiv ist, mehr als 3.000 Unterschriften gesammelt und mehrere sehr gut besuchte Informationsveranstaltungen durchgeführt hat. Das zeigt, wie viele Menschen besorgt sind.

Nach all diesen Vorkommnissen stellt sich die Frage wie ernst die Bürgermeister die Ängste der Bevölkerung überhaupt nehmen? Es sieht so aus, als ob sie sich vor den Gemeinderatswahlen genötigt sehen Aktivitäten zu starten, die nach den Wahlen schnell wieder vergessen sind.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 1. Juli

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld

Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,

Voranmeldung: 03512/ 82240

Antrag der KPÖ zugewiesen: Bettenreduzierungen sind der falsche Weg!

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass jederzeit Situationen eintreten können, die eine Belastungsprobe für unser Gesundheitssystem darstellen. Österreich hat die Krise auch deswegen besser als andere Länder gemeistert, weil es noch über ein relativ gut ausgebautes, dezentrales Gesundheitssystem verfügt.

In einer Studie der OSZE heißt es: „Die Erfahrungen in China und Italien haben gezeigt, wie wichtig es ist, eine ausreichende Kapazität der Krankenhausbetten sicherzustellen.“ Im Gegensatz zu diesen Erfahrungen sieht der von SPÖ und ÖVP beschlossene „Regionale Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025“ (RSG) einen massiven Einschnitt in unserer medizinischen Versorgung vor.

Bis 2025 ist in der Steiermark eine Reduktion um 800 Spitalsbetten geplant. Auch im Bezirk Murtal sollen die Bettenzahlen weiter sinken. Gab es 2009 noch 512 Spitalsbetten, sind es heute noch 450 und sollen 2025 noch 433 sein. Die Zahl der Intensivbetten ist von 21 auf 18 gesunken, es soll künftig nur noch 17 geben.

Abbau von 15 Ärzteplanstellen

Aber es geht nicht nur um die Reduzierung von Spitalsbetten und die Schließung von Krankenhäusern, auch die Anzahl der Ärzteplanstellen soll zusammengekürzt werden. Statt der bisher 63 Planstellen solle es im Murtal künftig nur mehr 48(!) geben.

Als Ersatz sollen drei Primärversorgungseinheiten eingerichtet werden. Dort sollten zwei bis drei ÄrztInnen tätig sein. Wieso man davon ausgeht, dass zwei bis drei ÄrztInnen in einem Versorgungszentrum das gleiche leisten können wie fünf ÄrztInnen in Einzelordinationen ist uns schleierhaft.



Leider sind die Eurofighter nicht die einzige Lärmquelle in unserer Region. So schlimm die Zeit während der Corona-Maßnahmen auch war, es gab einige positive Seiten. Keine Kondensstreifen am Himmel, bessere Luftwerte und eine wunderbare Ruhe. Es wurde uns erst bewusst wie laut es „normal“ in unserer Region ist.

Eurofighter, ÖBB, Autobahn und wesentlich auch der Red-Bull-Ring sind ein Lärmproblem. Am ersten Wochenende nach der Öffnung der Rennstrecke war Freitag, Samstag, Sonntag und Montag den ganzen Tag über störender Motorenlärm zu hören. Das selbe auch am Pfingstwochenende. Der Lärm erfüllt

Antrag der KPÖ

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Zeltweg möge beschließen:

Die steirische Landesregierung wird aufgefordert von der Umsetzung des „Regionalen Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025“ (RSG) Abstand zu nehmen. Ein neuer Strukturplan, der ohne den Abbau von Spitalskapazitäten auskommt, soll unter Einbindung aller Betroffener und politischer Parteien erarbeitet werden.

Die Resolution wurde auf Antrag der ÖVP an den Sozialausschuss zugewiesen. Wir werden uns im Ausschuss für die Annahme einsetzen.

Wir meinen nach den Erfahrungen der Corona-Krise wäre es unverantwortlich den Strukturplan in dieser Form umzusetzen.

Deshalb haben wir den oben genannten Antrag gestellt. Leider gab es in der Sitzung keine Mehrheit dafür. Bürgermeister Günther Reichhold, stellte die genannten Zahlen in Frage, da er die Details der Strukturplans nicht kenne.

Es ist bedenklich, dass ein Bürgermeister in einer betroffenen Region, nicht über die Abbaupläne bescheid weiß. Zumindest hätte er sich, nach bekanntwerden unseres Antrages, rechtzeitig informieren können.

Der Lärmterror beginnt wieder

weite Teile des Murtals, wird von vielen als Störung empfunden und macht Erholung oft unmöglich.

Es hat nicht den Anschein, dass die Ringbetreiber Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen. Dabei wäre es - bei gutem Willen - machbar die Belastung zu verringern: Schalldämpfer, weniger kleine Rennen wären einige der Maßnahmen. Wir haben den Lärm schon oft zum Thema gemacht. Das Problem müsste von unseren regionalen PolitikerInnen endlich ernst genommen werden. Nicht Lärm, sondern Ruhe sollte der „Normalzustand“ in unserer Region sein.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Josef Meszlenyi. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UWW-104, 2020-Knittelfeld

Namenstafeln für das Armengrab

Die Stadtgemeinde Zeltweg unterhält ein Sammelgrab, für Menschen die sich keine Bestattung leisten können. An diesem Grab sind keine Namen vermerkt.

KPÖ-Gemeinderätin Maria Wiesenegger hat in der Gemeinderatssitzung darauf hingewiesen, dass auch die dort bestatteten Menschen zur Zeltweger Geschichte gehören und einige von ihnen wahrscheinlich auch aktiv an der Entwicklung unserer Stadt beteiligt waren.

Daher hat sie angeregt, die Namen so weit wie möglich zu eruieren und eine Tafel anzubringen. Jedenfalls sollen bei zukünftigen Bestattungen die Namen angeführt werden.

Der Vorschlag wurde von Bürgermeister Günther Reichhold aufgenommen, er hat angekündigt, dass man sich darum kümmern wird.



Lebensmittelgutscheine

Die Stadtgemeinde gewährt bedürftigen ZeltwegerInnen Lebensmittelgutscheine im Wert von 50 Euro. Der Gemeinderat hat dazu Richtlinien beschlossen.

Die Gutscheine können beim Bürgerservice beantragt werden. Pro Person wird maximal ein Gutschein im Monat, bis zu sechsmal im Jahr ausgegeben.

Gutscheine gelten in den Zeltweger Lebensmittelbetrieben und dürfen nur für Lebensmittel eingelöst werden.

Zeltweger

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige ZeltwegerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Forderung der KPÖ wird umgesetzt:

Murtal bekommt Schutzwohnung

Seit vielen Jahren ist der KPÖ die Schaffung einer Schutzwohnung für von Gewalt betroffene Frauen ein großes Anliegen. Eine solche Einrichtung fehlt in der ganzen westlichen Obersteiermark. Jetzt wird die Forderung umgesetzt.



Die KPÖ hat das Fehlen einer Schutzwohnung schon oft im Knittelfelder Gemeinderat zum Thema gemacht, das Frauenhaus in Kapfenberg besucht, und Gespräche mit dem Obmann des Sozialhilfeverbandes und jetzigem Bürgermeister Harald Bergmann geführt. Nun wird endlich eine Schutzwohnung eingerichtet.

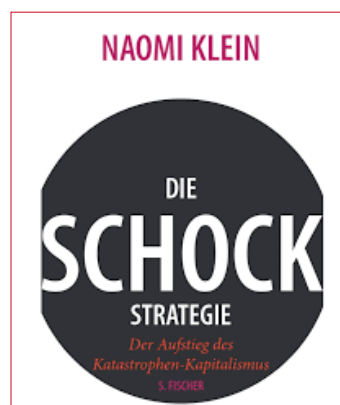
Die Kosten der Betreuung werden vom Land übernommen, die Wohnung kommt wahrscheinlich nach Knittelfeld. Es ist ganz wichtig, dass von Gewalt betroffene Frauen einen Zufluchtsort haben, wo sie und auch ihre Kinder Schutz und Unterstützung finden. StR. Renate Pacher freut sich als Frauenreferentin der Stadtgemeinde Knittelfeld sehr, dass es nun endlich so weit ist. Eine Schutzwohnung kann Leben retten.

Interessante Videos auf Youtube:

„Die Anstalt“
politische Satiresendung

„Dr. Daniele Ganser“
Friedensforscher

Buchtipps



Naomi Klein

**Die Schock
Strategie**

*Der Aufstieg des
Katastrophen-
Kapitalismus*

Kein Cent bleibt den Gemeinden: Warum das „Gemeindepaket“ ein großer Schmäh ist

Die Gemeinden sind gesetzlich dazu verpflichtet, Leistungen der Daseinsvorsorge zu erbringen. Dafür brauchen sie dringend Geld! Aber beim „Hilfspaket“ der Bundesregierung bleibt kein einziger Cent in den Gemeinde-Budgets – im Gegenteil: Geld fließt nur, wenn die Kommunen den Betrag verdoppeln.

Den Gemeinden geht das Geld aus. Schon vor der Corona-Krise waren sie chronisch unterfinanziert. Nun trifft sie die Corona-Krise doppelt: Einerseits brechen aufgrund von Wirtschaftskrise und Kurzarbeit große Teile der Ertragsanteile und der Kommunalsteuer weg, andererseits führen soziale Sofortmaßnahmen zu Mehrausgaben der Gemeinden. Die KPÖ forderte daher bereits im März die Bundesregierung auf diese Ausfälle zu ersetzen.

Nun wurde ein Hilfspaket in Höhe einer Milliarde Euro angekündigt. Bei näherer Betrachtung kann man darüber jedoch kein positives Urteil über diese Maßnahme fällen.

Diese diese Förderung ist eine Hilfe, um einzelne Projekte nicht absagen zu müssen. Insofern gibt es eine begrenzte Wirkung. Letztlich ist es allerdings eine Förderung der Bauwirtschaft, denn kein einziger Cent verbleibt im Gemeindehaushalt. Im Gegenteil: Die Milliarde fließt nur, wenn die Kommunen eine zusätzliche Milliarde drauflegen.

Viele Gemeinden können sich das aber angesichts der



zusätzlichen Ausfälle ihrer größtenteils ohnehin unterfinanzierten Budgets nicht leisten. Die Städte und Gemeinden brauchen aber Geld für den laufenden Betrieb, für die Gehälter der Bediensteten, für die Aufrechterhaltung der kommunalen Unternehmen und der Daseinsvorsorge.

Dass die Bundesregierung sich hier weigert, weitreichende Zusagen zu machen, zeigt, dass sie auf den neoliberalen Kurs setzt. Die Gemeinden sind nämlich gesetzlich dazu verpflichtet, Leistungen der Daseinsvorsorge zu erbringen. Ihnen jedoch die notwendigen Finanzmittel zu verweigern ist unverantwortlich.

Folgt man diesem Sachzwang, sind Kürzungen von sozialen Leistungen, oder die Privatisierung von öffentlichem Eigentum, wie Gemeindewohnungen oder Stadwerke, die logische Folge. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Kommunistinnen und Kommunisten im Gemeinderat vertreten sind um klar dagegen aufzutreten.



Jetzt Tierschutzvolksbegehren unterstützen!

Verpflichtende Transparenz bei Lebensmitteln, schärfere Gesetze zum Tierschutz und neue Verteilung von Förderungen und Steuergeldern, die tier- und klimafreundlicher Landwirtschaft zugute kommen, sind zentrale Forderungen des Volksbegehrens.

Die KPÖ hat das Volksbegehren schon im Juni des Vorjahres in der Einleitungsphase unterstützt. Nun läuft die Eintragungswoche.

Unterschreiben kann man noch bis 29. Juni auf jedem Gemeindeamt und auf bmi.gv.at.

Gemeinderatswahl am 28. Juni

KPÖ
Liste 5



Was uns wichtig ist:

- Helfen statt reden
- Genügend Geld für die Gemeinden
- Sozialpolitik statt Eventpolitik
- Leistbare Gebühren
- Nein zur jährlichen automatischen Gebührenerhebung
- Nein zu PolitikerInnenprivilegien
- Für Steuergerechtigkeit

- Ausreichende medizinische Versorgung
- Kein Gewinnstreben in der Pflege
- Keine Privatisierungen
- Keine Leiharbeit
- Erschwingliche Wohnungen
- Öffentlichen Raum für Jugendliche
- Optimale Kinderbetreuung
- Attraktive Kinderspielplätze

- Maßnahmen gegen Lärmbelastung
- Nein zur Airpower
- Nein zu Aufrüstung und Krieg
- Frieden und Neutralität
- Echte Gleichberechtigung
- Toleranz und Menschlichkeit

- Umwelt- und Klimaschutz
- Eindämmung der Bodenversiegelung
- Effektiver Tierschutz

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger!



Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Existenzsorgen, viele Menschen durchleben gerade schwere Zeiten. Viele haben vielleicht gerade keinen Kopf für die Gemeinderatswahlen. Dennoch ist es nicht egal welche Parteien im Gemeinderat vertreten sind.

Die KPÖ ist keinen Konzerninteressen und Lobbygruppen verpflichtet. Wir wollen eine menschliche, soziale, lebenswerte und solidarische Welt. Wir sagen was wir denken und stehen zu unseren Überzeugungen. Dinge die nicht in Ordnung sind sprechen wir kompromisslos an und machen Vorschläge für Veränderungen.

Das Motto: „**Auf keinen Menschen vergessen - Soziales darf nicht untergehen!**“, ist unsere Leitlinie. Das haben wir in der Vergangenheit gezeigt, in diesem Sinne wollen wir auch weiterarbeiten - falls Sie uns Ihr Vertrauen schenken.

Ich ersuche Sie bei den Gemeinderatswahlen am 28. Juni der KPÖ ihre Stimme zu geben.

KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau

Sozial. Gerecht. Für Euch!

KPÖ

Peter Lorberau

Marianne Wiesenegger

Erwin Schinnerl

Patrick Sattler

Ing. Edi Krivec

Unsere KandidatInnen

1. GR Peter Lorberau, Pensionist
2. Maria Wiesenegger, Gastwirtin
3. Erwin Schinnerl, Busfahrer
4. Patrick Sattler, Getriebemonteur, Betriebsrat Sandvik
5. Ing. Edi Krivec, Pensionist



**Auf keinen
Menschen
vergessen!**

Soziales darf nicht untergehen!



GR. Peter Lorberau – KPO